

Bezugspreis:

Wochenblatt 10.- M., monatlich 19.- M., drei Monate 55.- M., vierteljährlich 80.- M., halbjährlich 150.- M., jährlich 280.- M. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgegebene Reklamenschrift ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 26. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Briand wünscht deutsche Arbeit.

Paris, 26. Mai. (WIB.) Gestern vormittag empfing Ministerpräsident Briand die Mitglieder des Bureau des Aktionsausschusses für die zerstörten Gebiete, denen sich mehrere Parlamentarier angeschlossen hatten.

Ministerpräsident Briand erwiderte, er sei ohne Vorbehalt für die Verwendung deutschen Materials und ebenso für die Hinzuziehung deutscher Arbeitskräfte unter der Voraussetzung, daß es sich um gelehrte Arbeiter handle, und daß die Einwohner der fraglichen Gebiete damit einverstanden seien.

Die Holzhäuser.

Paris, 25. Mai. (WIB.) Ueber die Angelegenheit der von Deutschland zu liefernden 25 000 Holzhäuser für den Wiederaufbau in Nord- und Ostfrankreich bringt der „Intransigeant“ folgende Mitteilungen: Ueber die Auswahl der Häuser, d. h. über ihren Plan und Preis, sei bis jetzt weder etwas bestimmt, noch verhandelt worden.

Oberschlesien Entente-Kolonie?

Paris, 26. Mai. (EE.) Gegenüber der Darstellung des „Echo de Paris“ hält der Chefredakteur der „Chicago Tribune“, Henry Wales, an seiner Behauptung fest, daß Oberschlesien ein autonomer Staat werden würde.

England und Frankreich.

Paris, 26. Mai. (EE.) „Echo de Paris“ meldet, daß man in Paris einen aus juristischen und wirtschaftlichen Sachverständigen bestehenden interalliierten Rat wünsche, der die ober-schlesische Frage von der technischen Seite aus zu lösen hätte.

England und Frankreich.

Paris, 26. Mai. (EE.) Die Lord Curzon überreichte französische Note über Oberschlesien beweist, daß Frankreich an seiner Politik festhält. Nach Mitteilung des Londoner Berichterstatters des „Journal“ werden die Feststellungen der englischen Regierung über die Haltung Frankreichs in dieser Note in ironischer und wenig freundlicher Form zurückgemeldet.

London, 26. Mai. (WIB.) Das Memorandum des Dual-D'Orsay in Erwiderung des Memorandums Lord Curzons vom Freitag ist gestern morgen in London eingegangen.

Paris, 26. Mai. (WIB.) Die britische Antwortnote teilt mit, daß Lord D'Albarnon beauftragt worden sei, das Vorgehen des französischen Botschafters in Berlin zu unterstützen.

Die Kammerdebatte.

Paris, 26. Mai. Kammer. (Schluß.) Abg. Regaud interpellierte Briand über die ober-schlesische Frage. Er ist einer der Abgeordneten, die in Oberschlesien waren, um der Volksabstimmung beizuwohnen.

Abg. Tardieu will erwidern, wird aber vom Kammerpräsidenten daran verhindert.

Korfantys Hungerpeitsche.

Breslau, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Breslau ist heute eine Reihe von Telegrammen aus dem Industriegebiet eingetroffen, die von den interalliierten Besatzern durch die polnischen Injuranten hindurchbesördert worden sind.

Breslau, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die letzten Kämpfe in Oberschlesien wurden von den Polen wieder mehr an die mittelschlesische Grenze herangezogen.

London, 26. Mai. (WIB.) Die „Times“ melden aus Oppeln, daß die Polen mit systematischen Zerstörungen in der Stadt Rosenberg begonnen haben.

Seelenfang.

Koblenz, 26. Mai. Den neuen Eisenbahntarifserhöhungen, die am 1. Juni dieses Jahres in Kraft treten, hat die Rheinland-Kommission nicht zugestimmt.

Der Klein-Kriegsverbrecher.

Leipzig, 26. Mai. (WIB.) Im Prozeß Heynen wurde 9 Uhr vormittags das Urteil verkündet: Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung, Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener zu insgesamt zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Die meisten von uns haben bei dem Worte „Aburteilung der Kriegsverbrecher“ zunächst wohl an andere Leute gedacht als die des Schlages Heynen.

Mit den Kriegsverbrechern steht es nämlich ähnlich wie mit den Kriegsschiebern: es gibt solche en gros und en detail. Die „Aburteilung der Kriegsschieber“ ist uns oft in Aussicht gestellt worden.

Reiben wir bei den Kriegsverbrechern. Da hätten uns die Großen in erster Linie interessiert. Die Leute, deren feindbehandelte Rechte beileibe nicht selber ohrfeigte und stieß (wenig ein Truismatag Butter durch Bahnsperren geschoben hat), sondern die nur Befehle erteilten, Befehle, infolge derer dann zehntausend subalterne Fäuste sich in Bewegung setzten.

Er erklärt es für Meuterei, wenn sich mehrere Gefangene gleichzeitig krank melden. Wenn die Alldeutschen jetzt fortwährend mit ihrer „Gegenliste“ herumfuchtelten, so werden die darin der Gefangenenmißhandlung angeklagten Franzosen, Belgier, Engländer usw. sehr leicht ihre Unschuld beweisen können — auf Grund des Gutachtens des General v. Fransecki, das die französischen Heynen genau wie die deutschen herausreißt!

Die Generale der Franseckischen Denkart, — das waren die Großen des Kriegsverbrechens, sie, die über die Schläge und Kolbenstöße ihrer Korporale hinwegsehen, sie einfach nicht ahnden wollten, wenn sie auch davon wußten. Und indirekte Mitschuldige waren auch jene Offizierskriegsgerichte, die immer wieder mit der Ausrede einsprangen, der Angeklagte habe nur die Disziplin wahren wollen, die 14 Tage mittleren Arrestes gegen einen Heynen da für angemessen hielten, wo der Reichsanwalt zwei Jahre Gefängnis beantragte und das Reichsgericht immerhin auf zehn Monate Gefängnis erkannte.

Zu den Großen des Kriegsverbrechens rechnen wir die Urheber jener Befehle, durch die ganze Landschaften verwüstet, Dörfer in Asche gelegt, Bergwerke zerstört, Obstbäume abgehakt wurden. Nicht die Hände, die es ausführten, sondern die Köpfe, die es erfannten! Und vor allen Dingen die Urheber der belgischen Deportationen, des unauslöschlichen Schmachfleckens auf der deutschen Ehre. Schlimm genug, daß immer noch kein deutscher Staatsanwalt aus eigenem Antrieb gegen diese Leute Anklage erhoben hat!

Eins ist allerdings richtig: Das Treiben der Kleinkriegsverbrecher wird durch die Großen keineswegs entschuldigt. Für die Faustschläge, Besen- und Kaltwasserpraktiken des Heynen gibt es im Grunde nur eine Entschuldigung, — auf die er selber instinktiv verfallen ist: daß den gefangenen Engländer nicht weiter widerfuhr, als was Millionen preußischer Wuschoten jahrelang haben durrdämmen müssen! Vielleicht war es der innere Höhepunkt des Prozesses, als der Angeklagte auf die Frage, warum er nach Gefangenen mit Steinen geworfen habe, naïv antwortete: „Das hat unser Feldwebel grad so mit uns gemacht, als wir Rekruten waren.“

Das ist das Tief beschämende des Prozesses Heynen für uns Deutsche: nicht daß die Beurteilung dieses kleinen Menschenschinders auf den Druck der Entente hin erfolgte, sondern daß von zehntausend Menschenschindern nur einer bestraft wird, weil er so dumm war, sich an gefangenen Engländer zu vergreifen statt wie die anderen an den noch viel mehrlosen deutschen Rekruten! Müßen wir hier daran erinnern, daß ein Leutnant Hiller, der seinen Untergebenen Helmhafe zu Tode peinigete, mit zehn Monaten Festungshaft davonkam, viel milder als jener Heynen, der doch — an Hiller gemessen — fast noch menschlicher behandelt hat.

Ja, deswegen schämen wir uns: daß ein preußischer Soldatenschinder erst an Engländer geraten muß, um bestraft zu werden. Das ist die wahre Schande bei der Sache! Man könnte es einem deutschen Kriegsteilnehmer nicht verdenken, wenn er bei Verkürzung des Reichsgerichtsurteils leuzte: „Stände doch hinter mir auch ein Lloyd George, der so energisch auf die Bestrafung meiner Peiniger drückte!“ Gewiß, auch auf Feindeseite hat es Leute des Schlages Heynen gegeben. Gewiß bleibt der Engländer oder Franzose, der deutsche Gefangene mißhandelt, leider ebenso unbestraft, wie der Deutsche, der Deutsche schlug. Jede Stückschuld hinterläßt das gleiche unbefriedigende Gefühl wie ein angefangenes Ornament auf einer leeren Fläche. Wir verlangen, daß die Gerechtigkeit gleichmäßig überall sich vollende. Aber Stückgerechtigkeit ist immer noch zehnmal besser als offene Ungerechtigkeit. Und wenn wir bei politischen Urteilen deutscher Gerichte leithin oft genug bemerken mußten: „Dies ist schreiendes Unrecht“, so können wir zu dem Leipziger Urteil getrost sagen: „Hier ist Recht geschehen.“

Sofort nach der Urteilsverkündung im Falle Heynen kam der zweite Fall gegen den Rechtsanwalt und Hauptmann a. D. Emil Müller-Karlsruhe zur Verhandlung, der gleichfalls wegen Gefangenemißhandlung angeklagt ist. Die Verteidigung wird von dem Rechtsanwalt am Reichsgericht Dr. Sätze und einem anderen Anwalt geführt. Zu dem Prozeß sind zwanzig englische Zeugen geladen.

Zu Beginn der Verhandlung stellte der Verteidiger den Antrag auf Ladung eines neuen Zeugen, eines ehemaligen Unteroffiziers in Darmstadt, der befunden soll, unter welsch schwierigen Umständen der Angeklagte im Gefangenentlager zu arbeiten hatte. Die Entscheidung über diesen Antrag wird ausgefällt.

Die Vorgänge, die zur Anklage stehen, spielten sich im Gefangenentlager Martelle bei Rousson an der Oise ab, das auf kumpfigem, völlig zerflossenen Gelände direkt hinter der Front lag. Der Vorstehende verweist auf das furchtbare Bild, das sich bei der kommenden Verhandlung entrollen werde, und ermahnt den Angeklagten in sehr ernstlichen Worten, seiner moralischen Verpflichtung als gebildeter Mann und ehemaliger Offizier eingedenk zu sein. In den früheren Verfahren habe der Angeklagte die Möglichkeit einer Bewehrung mit einem anderen Offizier betont, von dem sich dann herausstellte, daß er durchaus schuldlos war.

Aus der Anklage, aus der der Vorstehende Teile verliest, geht hervor, daß der Angeklagte beschuldigt wird, englische Gefangene mit der Reitpeitsche mißhandelt zu haben, einen Kranken drei Tage lang an einen Pfahl gebunden zu haben. Diese und ähnliche Dinge, die der Senatspräsident als schwere Grauel bezeichnet, haben sich im Jahre 1918 abgepielt.

Zentrum, USP. und Regierungsbildung.

In seiner Polemik mit Wels hatte Ledebour in der „Freiheit“ an das Zentrum die Fragen gerichtet, ob es nach Bildung einer reinsozialistischen Regierung das Ultimatum angenommen und ob es diese Regierung dann weiter unterstützt hätte. Die „Germania“ beantwortete die erste Frage mit Ja, die zweite mit Nein. Dazu bemerkt nun wieder in der „Freiheit“ Ledebour:

Das bestätigt voll und ganz sofort bei Beginn der Verhandlungen kundgegebene Auffassung, daß ein reinsozialistisches Kabinett als Minderheitsregierung gezwungen wäre, sich im voraus das Recht der sofortigen Reichstagsauflösung zu sichern, falls die Reichstagsmehrheit versuchen sollte, durch ein Misstrauensvotum oder sonst eine entscheidende Abstimmung das sozialistische Ministerium zu stürzen.

Für uns Unabhängige Sozialdemokraten ergibt sich aber aus diesem offenen Eingeständnis des Zentrums ganz klar, wie recht wir getan haben, uns nicht auf eine Koalition mit einer bürgerlichen Partei einzulassen, die dem Sozialismus in so unerschütterlicher Feindschaft gegenübertritt. Wollen die Rechtssozialisten sich auf die Stellung eines geduldeten Anhängels in einem kapitalistisch orientierten Ministerium einlassen, so zeigen sie damit nur, daß sie aufgehört haben, eine wahrhaft sozialistische Partei zu sein.

Der Herr Obersteuersekretär.

Es klopf. „Bittel“ In das kleine Bureau des Leiters der Abteilung Stempel- und Erbschaftsteuer tritt ein jüngerer Herr. Knapper blauer Sakko, Lackstöße, haushoher Stiefeltragen. Abgebogene kurze Kinnüberbrügung, kürzere zweite folgt. Die Unterarme winkeln, die Füße rudern. Ueber den linken Arm hängt ein Etwas in hellem Leder — zwei Sattelstaschen. Auf dem Verbindungsstück prangt: Behmann, Oberleutnant d. R. im Inf.-Regt. Nr. ... Er stellt sich vor: „Behmann, Obersteuersekretär, Sachbearbeiter für Stempel- und Erbschaftsteuer.“ Beständnisvoll blinzelt der Ueberfallene seinem am Rebenstisch sitzenden Hilfsarbeiter zu.

„Verzeihung, Herr Steuerinspektor, ich komme soeben aus Langenstein, wo ich Stempelpflichtigen vornahm und bitte in einigen Fällen um Auskunft.“ Er zückt einen Zettel. In endlos langer Reihe ergießt sich ein Strom von Fragen. Ruhig, sachlich, hie und da Befehle und Kommentare ausschlagend, gibt der erfahrene Beamte die Auskunft. Manchmal spielt er dabei leise ironisch an auf Uebereifer, junge Unerfahrenheit, Direktiven der Oberbehörde vom grünen Tisch. Herr Behmann gibt kein bei, beiläufig zuzustimmen, offenbar peinlich berührt.

Der Steuerinspektor zieht seine Uhr. „Entschuldigen Sie bitte, meine Zeit ist abgelaufen, um 1/2 Uhr geht mein Zug.“

„Verzeihung, noch eine Frage; die einverlangte gutaechliche Meinung über den mitgeteilten Fall aus Tarifstelle 4, Reichsstempelgesetz. Offen gestanden weiß ich gar nicht, worum es sich handelt.“

„Ich gab Ihnen bereits auf Ihre telephonische Anfrage Bescheid. Uebrigens, wenn es Sie interessiert, hier mein Bericht. Lesen Sie bitte. Ich muß noch zu meinen Herren rüber und dann gehen.“ — Verabschiedung.

Herr Behmann seht sich, liest, liest, kopfschüttelnd. Wendet sich schließlich an den Hilfsarbeiter: „Das verstehe ich nicht, das ist mir zu hoch, ist ja direkt eine fachwissenschaftliche Arbeit. Sagen Sie mal, was sind denn eigentlich Effekten und was sind junge Aktien?“ Der Gefragte gibt Auskunft. Geht schließlich Satz für Satz des Schriftstücks mit Herrn Behmann durch, Zusammenhänge stizzierend, Fachausdrücke erklärend.

„Sagen Sie mal, woher wissen Sie denn das alles?“

„Ich habe in Berlin Finanzwissenschaft und Volkswirtschaft gehört und bin bei Banken tätig gewesen.“

Verbindlich lächelnd; komplimentierend entfernt sich schließlich der Herr Obersteuersekretär.

In dem zurückbleibenden Hilfsarbeiter steigen allerlei Zweifel und Fragen auf. U. a.: Ob die Kenntnis des Exzerptsreglements und die Qualifikation zum Oberleutnant neben vorheriger Beschäftigung als Aktuar allein schon jemand befähigen, als verantwortlicher Finanzbeamter auf die Menschheit losgelassen zu werden. Verbittert denkt er daran, daß auch heute noch nach der formalen Bildung gefragt wird und nicht nach praktischen Erfahrungen und erarbeiteten Kenntnissen.

Diese Schlussfolgerungen Ledebours wird sich kein ruhig Ueberlegender zu eigen machen. Ledebour gibt zu, daß die reinsozialistische Regierung gleich nach der Annahme des Ultimatus den Reichstag hätte auflösen müssen, weil sie keine Mehrheit hatte. Statt einer Regierung, die daran geht, die Bedingungen des Ultimatus zu erfüllen und damit das Spiel der französischen Imperialisten zu durchkreuzen, hätten wir ein in der Luft hängendes Kabinett und wochenlange innere Kämpfe gehabt. Und wenn auch die Neuwahlen keine sozialistische Mehrheit ergaben, was dann?

Eine solche Habsardeurpolitik konnte die Sozialdemokratische Partei, wo es um den Frieden Europas ging, nicht treiben. Da erträgt sie schon lieber den ein wenig abgebrauchten Vorwurf Ledebours, sie hätten sich zum Anhängel einer kapitalistischen Regierung gemacht, als daß sie das Ruhrrevier und den Weltfrieden aufs Spiel gesetzt hätte. Indem sie in eine neue Koalitionsregierung eintrat, tat sie einfach das, was der Zwang der Verhältnisse gebot. Die Sache ist so klar, daß auch Ledebour, wenn er sie sich noch einmal ruhig überlegt, zu demselben Ergebnis kommen muß wie wir.

Saure Trauben.

In der „Tägl. Rdsch.“ werden heute die Ausführungen des Genossen Hermann Müller-Franken wiedergegeben, die dieser kürzlich in Tempelhof über die Bestrebungen von bürgerlicher Seite machte, die Deutsche Volkspartei zur Regierung heranzuziehen. Im Zusammenhang mit der scharfen Kritik, die Genosse Müller an das Verhalten der Deutschen Volkspartei knüpft, bringt die „Tägl. Rdsch.“ ferner eine Notiz der „Freiheit“ zum Abdruck, in der das unabhängige Blatt gegen die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Mißtrauen äußert, und bemerkt hierzu:

Die Beforgnis der „Freiheit“ ist unnötig. Unseres Wissens hat in der Deutschen Volkspartei niemand Lust und niemand die Absicht, in die Regierung Wirth einzutreten.

Die Aeußerung hat eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der Fabel vom Fuchs, der auf die für ihn unerreichbaren Trauben verzichtete, weil sie ihm — zu sauer waren. Wer das Verhalten der Deutschen Volkspartei nach Annahme des Ultimatus beobachtet hat, mußte feststellen, daß sie außerordentlich interessiert erschien, wieder in die Koalition hineinzukommen, nachdem ihr die lästige Verantwortung von der Sozialdemokratie abgenommen war. Eine solche Politik ist zwar für ihre Befürworter außerordentlich bequem, hat aber mit einer sich ihrer Verantwortung bewußten politischen Haltung wenig oder nichts zu tun.

Republikanische Notwendigkeiten.

Hamburg, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In einer von über 3000 Personen besuchten öffentlichen Volksversammlung sprach gestern Abend der frühere Reichsaussenminister Genosse Dr. Adolf Köster über die innen- und außenpolitische Lage. Er wies darauf hin, wie Wilson den Clemenceauschen Plänen unterlag. Jetzt endlich zeige England etwas Einsicht, und an uns liegt es, die Entwicklung dieser Einsicht weiter zu fördern. Wenn wir die Segner wieder zusammenschweißen wollen, so brauchen wir nur die Rezepte Ludendorffs oder Lenins zu befolgen. Nur ehrliche Taten können den Ball des Mißtrauens gegen Deutschland durchbrechen, wie das auch die Erfolge der früheren deutschen Koalitionsregierung gezeigt haben. — Seit Juni sind Versuche gemacht worden,

eine andere Außenpolitik

zu machen. Schon in Spa zeigte sich der verderbliche Einfluß Stinnes, und seit dem Pariser Ultimatum gibt es eine einzige Anklage, daß die Regierung nichts getan hat. Und da nichts getan wurde, konnte sich die Regierung nur retten durch einen Selbstmord der Verzweiflung und Harding die bedingungslose Unterwerfung unter seinen Schiedsspruch anbieten. Für einen Arbeiter und für die Vertreter der Arbeiter konnte die Frage des Unterzeichnens nicht zweifelhaft sein. Wir mußten die Befehle des Ruhrgebietes verhindern. Die Milliarden-

zahlung als Aktuar allein schon jemand befähigen, als verantwortlicher Finanzbeamter auf die Menschheit losgelassen zu werden. Verbittert denkt er daran, daß auch heute noch nach der formalen Bildung gefragt wird und nicht nach praktischen Erfahrungen und erarbeiteten Kenntnissen.

Sollte auch das neue Deutschland noch so großen Wert legen auf Offiziersgehälter und Chorstudentenmanieren?

Er fragt weiter: Wäre es nicht besser, den mageren Hafer „der Futtertrippe“ wenigstens den Pferden zu geben, die ihn verdienen, und neuen Menschen, jungen fähigen Kräften aus dem Volke Eingang zu verschaffen?

Der Boykott der deutschen Wissenschaft. Auf dem Deutschen Hochschultag in Halle führte Geheimrat Gast-Rachen aus, daß die deutsche Wissenschaft von den internationalen Unionen, dem internationalen Patentamt und zahlreichen anderen internationalen Institutionen ausgeschlossen sei. Unter dem Vorwand der ausländischen wissenschaftlichen Zeitschriften müsse der Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft leiden. An vielen Stellen hat daher in Deutschland die private Initiative eingeleitet, um diesem Mangel abzuhelfen und wieder zu einem regelmäßigen Zeitschriftenaustauschverkehr mit dem Ausland zu gelangen. Alle vorhandenen Beziehungen zu dem Ausland müssen mobil gemacht werden, um der deutschen Wissenschaft wieder Einfluß zu verschaffen und sie mit dem nötigen geistigen Handwerkszeug zu versorgen. Der Hochschulverband wird sich dieser Frage in erhöhtem Maße annehmen. Weiter betonte der Referent, daß die mannigfachen Bande, die von den Schwesterhochschulen des ganzen Reiches zu denen im besetzten Gebiet hinüberführen, auf das sorgfältigste gepflegt werden müssen. Professor Schädel-Hamburg gab außerordentlich interessante Ergänzungen über die Beziehungen zu den latein-amerikanischen Universitäten. Zur Bearbeitung aller dieser wichtigen Anregungen wurde ein besonderer Ausschuss eingesetzt. — Es wurde einstimmig beschlossen, vom Jahre 1922 an den 18. Januar als dies academicum auf allen Hochschulen zu feiern. Nachdem man so auch seine monarchische Bestimmung angedeutet hatte, beschäftigte man sich mit wirtschaftlichen Fragen. — Auf der diesjährigen Jahresversammlung der amerikanischen Therapeutischen Gesellschaft am 3. und 4. Juli unter Vorsitz von Prof. C. Hemmeter in Baltimore in Washington wird ein Vortrag des Privatdozenten Dr. Grote-Halle über die Ziele der modernen Therapie gehalten werden. Er ist dazu eingeladen worden.

Der Abtshof in Jüterbog ist jetzt von der Provinz Brandenburg wegen seines Denkmalswertes erworben worden, weil der bauliche Bestand des mächtigen Profanbaues aus dem Ende des 15. Jahrhunderts gefährdet war. Die Stadt will im Abtshof eine Volkshochschule mit Lesesaal und vielleicht auch ein Jugendheim mit Jugendwerkstatt unterbringen. Das frühere Marienfloster in Jüterbog, das die Provinz seinerzeit für nur 1326 M. erworben hatte, will die Kreisverwaltung kaufen, um es zu einem Kreisstadtschulsaal auszubauen.

forderungen bleiben bestehen, auch wenn wir das Ruhrrevier besetzen lassen.

Annahme oder Ablehnung hieß Friede oder Krieg.

Die Sozialdemokratie hat in jenem Augenblick etwas getan, was ihr als historisches Verdienst angerechnet werden muß. Die Sozialdemokratie allein ist nicht in der Lage, den Friedensvertrag durchzuführen. Sie ist angesichts der Aufgaben der jetzigen Regierung, die größer und schwerer als je sind, angewiesen auf die Unterstützung aller derer, die erkennen, daß endlich der Versuch zum Erfüllen der Verträge gemacht werden muß. Wir werden keine Gruppe ablehnen, die sich auf den Boden der praktischen Mitarbeit an der Erfüllung stellt. Die Frage, ob die Volkspartei an die Regierung kommt, ist eine Frage, die die Volkspartei zunächst selbst mit ihrem Programm zu vereinbaren hat. Wenn die Volkspartei ihr Programm mit der Politik, die notwendig getrieben werden muß, mit republikanischen Notwendigkeiten in Einklang bringt, dann ist die Frage der Zusammenarbeit mit ihr spruchreif. Die Regierung wird ja in der nächsten Woche ihr Programm darlegen, und die Volkspartei wird Gelegenheit haben, auf diese Dinge einzugehen. Wir dürfen nicht hypochondrisch auf Hilfe von außen hoffen, sondern müssen die Tatsachen nüchtern gegeneinander abwägen. Keine Wege der Verzweiflung, sondern eine Politik der Tat führen uns aus den heutigen Zuständen heraus.

Die Ausführungen Kösters wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Ein kommunistischer Redner fand keinen Anknüpfungspunkt für eine Entschärfung in der oberflächlichen Frage im Sinne der Ausführungen des Referenten angenommen.

„Wie Nordschleswig preisgegeben wurde“.

Vom Genossen Eduard David erhalten wir folgende Zuskizze: Unter dieser und ähnlichen Ueberchriften laufen enttäuschte Auslassungen durch die Reichspresse, in denen gegen die Revolutionsregierung der Volksbeauftragten und den unter ihr amtierenden Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf, sowie gegen mich als damaligen Unterstaatssekretär, der Vorwurf erhoben wird, ohne Not nordschleswigisches Land preisgegeben zu haben. Die Ankläger führen sich dabei auf die Mitteilungen von Professor Aage Friis-Kopenhagen über ein am 14. November 1918 im Auswärtigen Amt geführtes Gespräch, aus dem herausgelesen werden kann, Dr. Solf habe unter meinem Beifall bestimmte Zusicherungen gegeben hinsichtlich der Grenzsetzung im Falle eines Volksentscheides über Nordschleswig. Das entspricht nicht den Tatsachen. Der Zweck jener Unterhaltung war lediglich die zu gebende Zusage, daß die deutsche Regierung mit der Annahme der Wilsonschen Bedingungen auch ihre Zustimmung zu einer von dänischer Seite verlangten Volksabstimmung in Nordschleswig gegeben erachte. Dem Wunsche des Herrn Aage Friis gemäß wurde sie gegeben in Form eines Briefes an den früheren Reichstagsabgeordneten Hanssen-Apentade, der veröffentlicht wurde und lautete:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter Hanssen!
In dem Inhalt des mir von Euer Hochwohlgeboren freundlichst übermittelten Aufrufes der Organisationen der dänisch sprechenden Bevölkerung Nordschleswigs darf ich ergebenst Bezug nehmen auf die Erklärung, die ich am 24. Oktober d. J. im Reichstag abgegeben habe. Die deutsche Regierung steht danach auf dem Standpunkt, daß auch die nordschleswigische Frage gemäß dem Friedensprogramm des Präsidenten Wilson auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der im Verlaufe kommenden Bevölkerung zu lösen ist. Ich gebe mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß durch diese Stellungnahme der deutschen Regierung ein reibungsloses freundschaftliches Verhältnis zwischen dem deutschen und dem dänischen Volke für die Zukunft gewährleistet wird. Mit dem Ausdruck usw.“

Darin steht also keine Silbe über die zukünftige Grenzführung. Alles, was darüber gesprochen wurde, geschah in einer durchaus unverbindlichen Form. Eine Zusage dieser Art wäre so aus dem Handgelenk heraus auch gar nicht möglich gewesen.

Was aber die Sache, um die es sich handelte, betrifft, so zeigt der Hinweis auf die von Dr. Solf schon unter der Regierung des Prinzen Max von Baden abgegebene Erklärung, daß

Es ist alles eitel.

(Politisches Couplet)

Einst lobte man den common sense,
Heut strebt ein jeder nach Prozents.
Wo es was zu verdienen gibt,
Gleich stellt sich alles an und schiebt.
Ballonmüll und Zylinderhut,
Gallien oder blaues Blut,
Hohenzollern, Treitel — — —
Es ist alles eitel

Schieberich, Schieberich
Bald is nich mehr viel iebereich, iebereich.
Ab mit Jewinn —
Deutschland pad in!

Wer sorgt so treu für Weib und Kind,
Und schiebt das Geld durch Nacht und Wind?
Wer hat ein hübsch' Behältnisdepot
Bei Gruher, Philippson u. Co.?
Wer macht in Holland sich's bequem,
Und bleibt ein Ehrenmann — quand même
Bom Jez zum Scheitel — — —
Es ist alles eitel

Schieberich, Schieberich
Bald is nich mehr viel iebereich, iebereich.
Ab mit Jewinn —
Deutschland pad in!

Nicht von Lindenbuden.

Ein Bund bildender Künstler für künstlerische Bekanntheit in Düsseldorf gegründet worden. Er will Aufträge für Bekanntheit zwischen Industrie und Künstlern vermitteln und in Verbindung mit der Kunst- und Industrieausstellung in Düsseldorf am Kunstpalast 1922 eine „Künstlerische Bekanntheit-Ausstellung“ veranstalten.

Auf der Tagung für Altertumsforschung, die vor kurzem in Gießen stattfand, erhielt der im Vorjahre gegründete Bund für heimische Altertumsforschung keine endgültige Organisation, ein Verwaltungsrat und leitender Vorstand wurde gewählt und die Sitzungen angenommen. Er stellt sich die Aufgabe, alle auf dem Gebiet der archäologischen Forschung tätigen Kräfte zusammenzuführen und den Vereinen, die infolge der gegenwärtigen schwierigen Verhältnisse nicht mehr selbstständig arbeiten können, die Lösung ihrer Aufgaben zu erleichtern. Die bereits verfügbaren Mittel sollen dazu verwendet werden, den Bildatlas der römisch-germanischen Forschung, den das Archäologische Institut vorbereitet, zu veröffentlichen und ein Denkmalsverzeichnis zu fördern, das den gelamten Nachlaß der Germanen aus der Zeit der Beziehungen zu Rom umfassen soll.

Dante-Fest in Italien. Die Städte Florenz und Ravenna veranstalteten eine gemeinsame Dante-Fest im Juni. Rom's Gedächtnis findet am 20. September statt.

Wagner-Boykott in Warschau. In Warschau mußte „Tristan und Isolde“ vom Spielplan der Staatsoper abgesetzt werden. Es protestierten — die Dreiermischel — und die Theaterleitung gab schließlich nach. Selbstam genug stehen die Warschauer Künstler diesmal auf Seiten Deutschlands.

Die schon vorher entschieden war. Dem Wunsch des Herrn Sage Friis, die Zulage in schriftlicher Form Herrn Hansen zur Veruhigung der dänischen Bevölkerung seines Bezirkes zu geben, konnte also ohne Bedenken stattgegeben werden.

Dazu noch eine allgemeine Bemerkung: Die auf Verständigung mit Dänemark eingestellte Politik der damaligen Regierung hat dazu beigetragen, daß uns in der dänischen Frage von Paris aus nichts Schlimmeres widerfahren ist. Die dänischen Nationalisten machen der Regierung Zahl-Scavenius-Stauning den Vorwurf, sie sei schuld daran, daß Dänemark nicht mehr bekommen habe. Herr Hansen wird von ihnen geradezu als ein Verräter bezeichnet. In der Abwehr gegen diese Angriffe liegt die Tendenz des Aussages von Sage Friis, aus dem nun unsere Nationalisten Honig saugen. Offenbar scheinen sie die Zeit für geeignet zu halten, ihre alte bis in den Krieg hinein fortgesetzte feindliche Politik gegen Dänemark wieder aufzunehmen. Der Gedanke, daß der Heimfall der dänischen Teile Nord-Schleswigs an Dänemark auf Grund desselben Rechts erfolgt ist, auf Grund dessen wir z. B. Oberschlesien für Deutschland fordern, stört sie dabei ebensowenig wie die Erwägung, daß Deutschland wahrhaftig allen Grund hat, sich mit dem näher verwandten nordischen Nachbarvölkern in ein dauernd freundschaftliches Verhältnis zu setzen.

Groß-Berlin

Die offene Hand.

Korruption und Bestechungsunwesen sind durch den Krieg ungemein gefördert worden. Sie werden letzten Endes nur durch Besserung der wirtschaftlichen Lage und der Lebenshaltung der Bevölkerung wirksam bekämpft werden können. Aus diesem Grunde dürften auch die Bestrebungen des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, der gestern seine Hauptversammlung abhielt, niemals den Erfolg haben, den er selbst im Interesse der Allgemeinheit erstrebt.

In den 10 Jahren seiner Tätigkeit hat der Verein sich gegen das Bestechungsunwesen in Industrie und Handel gewehrt, er hat aufklärend und vorbeugend gewirkt und alle Fälle von Bestechung rücksichtslos verfolgt. Der Generalsekretär Dr. Bohle führte in seinem Geschäftsbericht aus, daß der Verein mit Strafanzeigen und Verurteilungen vorgegangen sei. In 30 Strafsachen wurden Geldstrafen und in 2 Fällen Gefängnisstrafen verhängt. Besonders bemerkenswert waren die Verfahren gegen den Procuristen Plate von der Reichsgemüßstelle und gegen den Leiter der Feuerversicherungsanstalt der Kriegsgesellschaften, Direktor Dr. Münge, der in 15 Monaten durch Provisionsabgaben über 1 Million Mark erworben hat. Eine besonders gefährliche Form von Bestechung ist das verkappte Bestechungsinferat. Es wird oft täuschend den Vertretergeheimen nachgeahmt, es ist jetzt in vielen Offertenblättern zu finden, namentlich in den Industriezeitschriften. Die Verfolgung ist oft recht schwierig, weil es schwer ist, das Vorliegen des § 12 zu beweisen. In zwei Fällen konnte nachgewiesen werden, daß Angestellte systematisch verleitet wurden, Geschäftsgeheimnisse zu verraten oder Aufträge zu verhindern. Es erschienen sogar Inserate, durch die ausländische Fabrikpioniere in unserer chemischen Großindustrie betrieblen wurden. Im Eisenbahnbetriebe wurden ganze Verbandsorganisationen festgestellt. Bei der Verwertung des aus der Kriegszeit stammenden Reichsgutes hat sich die Korruption in hohem Maße gezeigt, so sollen sich jetzt noch für 5 Milliarden Heeresgut in den Händen unauffindbarer Schieber befinden. Ein trübes Bild zeigt sich auch auf dem Gebiet der Ein- und Ausfuhrbewilligung, ferner bei den Wohnungsämtern, den Kohlenwirtschaften, den Milch- und Viehverteilungsstellen.

Unlautere Vermittler melden sich bei großen Kohlenverbrauchern, um ihnen gegen eine Gebühr von 60 bis 80 M. pro Tonne eine Verbesserung ihrer Kohlenzuweisung zu schaffen. Vertreter großer Kohlenhandelsfirmen im Westen und auch Zechen lassen dahinter stehen. Bedauerlich ist es, daß sich auch Stadtverwaltungen dazu hergeben. So soll eine niederschlesische Stadt 24 000 M. zur Verbesserung ihrer Kohlenlieferung ausgegeben haben. Ein ganz schwerer Fall betrifft die Beidassungsstelle der preussischen Sicherheitspolizei. Die Art, wie für 30 Millionen Mark Automobile an zwei unberufene Automobilhändler vergeben worden seien, fordere schärfste Kritik heraus. Es sei dabei nicht bloß bei goldenen Zigarettenboxen, als angebliche Kamearkosten geblieben. Es handelt sich bei der Sipo um Aufträge von über 200 Millionen Mark.

Zustizrat Fuld-Rainz besprach noch die Beamtenbestechungen im Entwurfe des neuen Strafgesetzbuches und dann wurde eine Entschließung angenommen, in der Maßnahmen gegen die Korruption der Beamten und Angestellten gefordert werden, auch die aktive einfache Beamtenbestechung müsse mit Strafe bedroht werden.

Was die Milchhändler sagen.

Die Milchhändler der Stadt Potsdam und Umgebung hatten gestern eine große Versammlung, um über die Freigabe der Milch ab 1. Juni Stellung zu nehmen. In dieser Versammlung kamen Dinge zur Sprache, die für die ganze Deffentlichkeit von größter Bedeutung sind. Die Milchhändler stellen an Hand von schriftlichen Belegen und Verträgen und in Gegenwart von Magistratsmitgliedern fest, — was besonders im Hinblick auf unsere Ausführungen im heutigen Morgenblatt interessant ist — daß der hohe, vom Ernährungsminister gebildete Preis einzig und allein der Landwirtschaft zugute kommt. Viele Landwirte sind über den hohen Preis um so verwundeter gewesen, als das Grünfütter in diesem Jahr eine Fülle zeigt, wie seit 48 Jahren nicht. Die alten Vorräte sind noch lange nicht aufgebraucht, und die neue Futterernte kann kaum bewässigt werden. Die Milchhändler der Stadt Potsdam haben sich daher kontraktlich verpflichtet, für die freie Milch nicht höhere Preise zu nehmen, als für Kartenmilch. Soviel steht fest, daß jeder einzelne vom 1. Juni an seinen Einviertel Liter Vollmilch und noch weit darüber erhalten wird. Besserer ein Händler keine bei ihm eingetragene Kartenmilch, so hat er eine Konventionalstrafe von 3 Mark an den Magistrat zu zahlen. Nach Ansicht der Händler ist der bewilligte Preis von 3,20 bis 3,40 M. nicht anders als ein Wucherpreis anzusehen.

In unseren Ausführungen im heutigen Morgenblatt über die Milchversorgung ist eine falsche Zahl unterlaufen. Es soll heißen: Von den täglich Berlin zur Verfügung stehenden 400 000 Litern Milch entfallen 140 000 Liter auf Kinder und Kranke und 260 000 Liter stehen dem freien Verkauf zur Verfügung.

Der Parmas-Graf wieder entwichen.

Ein Auslieferungsantrag der französischen Regierung. Vor etwa drei Monaten erregte die Entsorgung und Festnahme eines Ausländers, der in der Lebemulde Berlins kurze Zeit eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hatte, großes Aufsehen. An den Stätten, an denen man sich in Berlin vor und auch nach der Tageszeitung nicht zu langweilen pflegt, war damals ein Ausländer, der sich Graf de Parmas nannte, ein gern gesehener Gast. Eine besondere Vor-

Durch Arbeit zur Freiheit!

Wirth über Deutschlands Aufgaben.

Auf der süddeutschen Reise des Reichskanzlers Dr. Wirth fand gestern in Karlsruhe bei dem Staatspräsidenten Trunf eine ausgiebige politische Aussprache statt. Die Begrüßungsansprache des Staatspräsidenten erwiderte der Reichskanzler mit folgenden Ausführungen:

Er hoffe, daß, wenn er in den nächsten Tagen Gelegenheit haben werde, die Regierungen weiterer Länder aufzusuchen, er dort dieselbe einmütige Auffassung über die Notwendigkeiten der Stunde finden werde. Wir haben das Ultimatum mit Ja beantwortet; es war notwendig, und zwar notwendig, um der Freiheit des deutschen Volkes willen. Es war kein an formelle Konstruktionen geknüpftes Ja, es war ein aufrichtiges, ein deutsches Ja, und nicht etwa akademische Erörterungen. Akademische Erörterungen sind ein Jahr hindurch gerade genug auf allen Konferenzen der Welt gepflogen worden. Sie haben zu nichts geführt. Es war ein Ja, das

ein Zeitalter der Leistungen

einschließen sollte. Wenn wir zwei Jahre zurückblicken, dann wäre es wirklich unrecht, nicht anzuerkennen, daß inzwischen sich doch einiges gebessert hat. Gewiß sehen wir auch jetzt noch Not und Elend um uns herum, aber etwas hat sich die gesamte Lage des deutschen Volkes wieder gehoben, und wenn es uns nun glückt, die Wiederbelebung der Wirtschaft und des Handels durch Förderung der Produktion, insbesondere auch der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen und in Deutschland dem hungernden Wagen wieder genügend Nährstoffe zuzuführen, so wird — davon bin ich überzeugt — das deutsche Volk auch freiwillig beachtliche Leistungen aufbringen.

„Um der Freiheit willen“, so habe ich mich eben ausgedrückt, haben wir Ja gesagt. Ich könnte mir nichts Schrecklicheres vorstellen, als daß sich die großen Industriegebiete Deutschlands, Rheinland und Westfalen, wo doch das Herz unserer ganzen Produktion schlägt,

unter die Gewalt fremder Diktatur

gestellt sehen. Ich glaube, daß die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die Arbeiter von Rheinland und Westfalen selbst, uns dafür dankbar sein werden, weil wir ihr dadurch die Möglichkeit gegeben haben, in freier Arbeit als freie politische Staatsbürger das deutsche Volk gerade an der Stelle retten zu helfen, wo es am verwundbarsten ist. Um der Freiheit willen haben wir Ja gesagt, und dabei handelt es sich um die wirtschaftliche Freiheit der lebenden Generation wie der kommenden.

Wohl weiß ich, daß das Ja Unbarmherziges in sich schließt. Es muß daher an den Willen Aller appelliert werden, die überhaupt den Gedanken der Freiheit in sich aufnehmen können. Die Waffen werden wir zum großen Teil aus den Händen geben. Um so mehr aber werden wir in jedem Augenblick der kommenden Monate und Jahre den Standpunkt des Rechtes für das deutsche Volk betonen. Von diesem Gedanken ausgehend, habe ich auch im Reichstag erklärt, daß es für uns unerträglich wäre, wenn

liebe zeigte der Ausländer für den „Sizad-Fortrott“, angeht, weshalb, weil dessen Komponist ihm persönlich den Tanz widmet habe. Böhlich blieb der ausländische Gast weg und es wurde ruhmbar, daß der Lebgraf ein berühmter internationaler Millionenchwindler, ein Schiffsagent, André Florian Digran, war, der aus Smyrna stammt.

Nachdem nun die Spur des Verschwundenen in Berlin wiedergefunden war, besuchten Pariser Kriminalbeamte, die eigens über Wien hierher gekommen waren, mit Berliner Kollegen auch die Berliner Lebensläufe. Sie hatten unterdessen ermittelt, daß der Komponist seines Fortrott nicht dem Grafen Parmas, sondern Herrn Digran gemeldet hatte. Der vermeintliche Graf war also der von ihnen gesuchte Schwindler. Seine Vorliebe für den Fortrott verriet den Verfolgten auch in Berlin sehr bald. Als man ihn jedoch in dem vornehmen Hotel, in dem er abgeblieben war, festnehmen wollte, war er gerade wieder abgereist, und zwar mit einem Polizeihunde, den er sich zu guter Letzt noch zugelegt hatte. „Graf de Parmas“ hatte eine Fahrkarte nach Bissingen durch den Hotelportier bezogen und war mit dem Auto, das ihm händig zur Verfügung hatte stehen müssen, angeht nach dem Potsdamer Bahnhof abgefahren. In Wirklichkeit hatte er unter wegs den Wagen nach dem Lehrter Bahnhof bringen lassen. Deshalb vermutete man, daß er nach Hamburg gefahren wäre. Die Pariser und Berliner Beamten suchten dorthin, ermittelten in einem Hotel erst den Polizeihund und dann den Verfolgten selbst, den sie noch im Bett fanden. Bevor er noch zu dem bereit liegenden Revolver greifen konnte, nahmen sie ihn fest und brachten ihn nach Berlin.

Wegen eines Leidens mußte der Verhaftete hier in ein Krankenhaus gebracht werden. Aus diesem ist er jetzt wieder entwichen. Seine Auslieferung war von der französischen Regierung bereits beantragt.

Für Kinder, die zu Hause bleiben.

Bei der verhältnismäßig geringen Zahl von Pflegestellen in den ländlichen Bezirken ist es, wie bereits im vorigen Jahre, den städtischen Behörden nicht möglich, allen bedürftigen Kindern den dringenden notwendigen Landaufenthalt zu gewähren. Den Zurückbleibenden soll deshalb auch in diesem Jahre ein Erholungsurlaub auf den städtischen Luftparkanlagen erteilt werden. Es kommen dafür die Nähe Grunewald, Tege, Blankenfelde I und II, Buch, Wartenberg, Hohenschönhausen, Pflanzental und Buchheide in Frage. Die Einrichtung wird in erweiterterem Umfang in der Weise getroffen werden, daß eine Gruppe von ungefähr 20 000 Kindern vier Wochen vor und eine ebenso große die gleiche Zeit nach den Sommerferien unter zuverlässiger Aufsicht wertvoll von morgens bis abends auf den Spielplätzen untergebracht und gepflegt wird. Es kommen demnach die beiden Reihenschnitte vom 13. Juni bis 9. Juli und vom 19. August bis 17. September in Betracht. Die Kinder der Reichs- und Schulklassen sollen möglichst schon im Juni zugelassen werden, da nach den vorjährigen Erfahrungen Wert darauf gelegt werden muß, daß ihnen die Unterrichtszeit nach den Sommerferien ununterbrochen zur Vorbereitung auf die Berufung bleibt. Die im Vorjahre gemachten Versuche, den Kindern auf den Spielplätzen täglich zwei Kurzunterrichtsstunden zu erteilen, haben sich bewährt. Für die Ernährung sind genügende Vorräte in Aussicht gestellt. Die Kinder erhalten in der üblichen Weise Morgenkaffee mit Milch, Mittagessen und nachmittags Kaffee mit Milch und Gebäck.

Die Eltern unterernährter und schwächlicher Schulkinder werden aufgefordert, diese bald bei den Direktoren ihrer Schulen anzumelden, damit hier die Untersuchung durch den Schularzt veranlaßt werden kann. Auf Grund des ärztlichen Befundes entscheidet dann über die Zulassung des Kindes zum Erholungsurlaub die Schule. Die Teilnehmer am Erholungsurlaub haben an jedem Tage einen Beitrag von 1 M., die zweiten Kinder der gleichen Familie 50 Pf. zu entrichten. Die dritten und weiteren Kinder derselben Familie sind frei.

Wie soll man Filmschund bekämpfen?

Im „Groß-Berliner Ausschuss zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur und des Amoralwesens“ sprach Dr. Paul Wahlberg über „Filmreklame und Volksbewußtsein“. Die Filmreklame bezweckt, teils die Kinounternehmer zur Entdeckung der Filme und teils das Publikum zum Besuch der

die oberflächliche Frage

durch die Diktatur eines polnischen Infurgenten gelöst werden sollte. Wir verlangen, daß das durch den Friedensvertrag, der uns doch wahrhaft an Freiheit und Rechten kaum etwas gibt, gewährte Recht zur Geltung komme, wonach das Plebiszit in Oberschlesien als Ausdruck des intimsten demokratischen Lebens in Deutschland von allen Völkern geachtet werden muß. Wir haben das Echo gehört, das insbesondere aus England gekommen ist, daß mit Deutschland ein faires Spiel getrieben werden sollte. Wir nehmen das Wort auf. Wir wollen unsererseits zeigen, daß wir gewillt sind, aufrichtig und ehrlich auf klar vorgezeichneter Bahn Politik zu führen, unterstützt von dem größten Teil unseres Volkes.

Nun kommen in den nächsten Wochen die Beratungen des Reichstags. Sie werden neue Belastungen uns auferlegen müssen. Alle Kreise werden Opfer bringen müssen. Ich weiß nicht, ob alle Kreise des deutschen Volkes während des Krieges und nach dem Krieg wirklich Opfer gebracht haben. Wenn man da und dort durch die deutschen Lande geht und den frechsten Luxus — es gibt keinen anderen Ausdruck dafür — sich breitmachen sieht, dann darf man föhlich verlangen, daß in der beginnenden Zeit der Arbeit, wo der Hammer entscheidet, der auf den Amboss niederkfällt, alle Kreise unseres Volkes sich, was die Lebenshaltung betrifft, in solchen Bahnen bewegen, daß es erträglich ist gegenüber den Leistungen, die alle auf sich nehmen müssen. Ich glaube, so ist eine Bahn möglich, die zur Freiheit führt. Das ist der große Gedanke, wie man

durch Arbeit zur Freiheit

wiederkommen kann, zu diesem köstlichen Gut, das der Mensch hat. Ich rufe also nicht auf zum Schmieden neuer Waffen, sondern ich rufe auf zu einem Bekenntnis des Rechtes und einem Bekenntnis zu einer freien und großen Arbeitsleistung.

Ich bitte Sie alle, die Sie guten Willens sind, die Regierung auf diesem klaren, wenn auch steinigem und dornenvollen Wege zu unterstützen, und wenn ich weiß, daß ich in der Heimat Männer und Frauen hinter mir sehe, die dem Gedanken der Freiheit durch Arbeit dienen wollen, dann wollen wir die begonnene Arbeit durch alle Stürme und durch alle Fährnisse der nächsten Wochen hindurchziehen. Jeder ist willkommen, keiner ist ausgeschlossen; die Türen sind für niemand zu, wer an des Vaterlandes Freiheit durch Arbeit mitarbeiten will. Aber irgendwelche wilde Formen des Ausdrucks politischer Betätigung außerhalb des Rahmens des Gesetzes gar, die außenpolitisch nur in Schwierigkeiten bringen, müssen wir unbedingt ablehnen. Auf dem Boden des Rechtes, auf dem Boden der Arbeit vorwärts, und so Gott will wieder einmal aufwärts einer neuen Zeit entgegen! (Beifall.)

Gegen 3 Uhr nachmittags fuhr der Reichskanzler nach Freiburg, um dort seiner Mutter einen Besuch abzustatten. Er wird sodann nach Berlin zurückkehren.

Kinos anzuregen. An den Auswüchsen der Filmreklame ist noch Ansicht des Vortragenden das Publikum mitschuldig, weil es sie so haben will. Auch den Schund unter den Filmen erklärte er daraus, daß gute Filme kein Publikum finden. Er bedauerte, daß die Kinos von demjenigen Publikum, bei dem solche Filme Erfolg haben könnten, überhaupt gemieden werden. Die Wirkungen der Filmreklame sind überaus reichhaltig und tiefgehend. Diese Reklame gelangt bis in die kleinsten Orte, wo oft schon der aus ihr sprechende Großstadteffekt sensationell wirkt. Sie wechselt in kürzesten Zwischenräumen, leidet in den Strahlen die bildhungrige Bevölkerung an und kommt einer großen Masse von Beschauern vor Augen. Auswüchse der Filmreklame will der Vortragende nicht lediglich durch Verbot des Schlechten, sondern vor allem durch Förderung des Guten bekämpft wissen. Unterstützung mit Rat werde die Industrie allmählich dazu bringen, Geschmackloses und Verrohenes durch Geschmacksvolles und Verfeinertes zu ersetzen. Dr. Wahlberg betonte zum Schluß nochmals, daß gegenüber dem Film die prinzipielle Gegnerschaft zu verwerfen sei. Man solle Filme, die wirklich gut sind, auch ansehen. Das Verantwortlichkeitsgefühl der Film- und Kino-Unternehmer müsse mehr als bisher entwickelt werden. Zu wünschen sei ihnen die Einsicht, daß ihre Betriebe ein Kulturfaktor sein können und sollen. — Leider kam es zu keiner Diskussion, abgesehen von einer zustimmenden Äußerung des Vorsitzenden Dr. Häußler.

Die politisierende Charité.

Großes Erstaunen erregte am Mittwoch in der Poliklinik der Charité das Auftreten einer Assistentin. Aus Anlaß einer Untersuchung trat eine Patientin an die diensthabende Assistentin Frä. Theil mit der Frage heran, was die Untersuchung kostete. Prompt gab die Vertreterin der ärztlichen Kunst zur Antwort: „Ja, früher, wie wir noch unsern Kaiser hatten, kostete die Untersuchung nichts, aber jetzt, in der glorreichen Republik, ist ja alles teurer geworden.“ Die Patientin, die ausnahmslos dem Arbeiterstande angehört, waren empört über das Auftreten dieser Dame, die ihre deutsch-nationale Propaganda in den öffentlichen Untersuchungsraum der von der Arbeiterschaft stark frequentierten Charité verlegt; und auch wir möchten die Frage an die Charitéverwaltung richten, ob es nicht ratsam ist, im Interesse des Zustandes der Patientin, Frä. Theil eine zeitlang mit „unserem Kaiser“ allein zu lassen.

In der Neuköllner Bezirksversammlung hatte die USF-Fraktion folgende Anfrage gestellt: „Mit dem Bezirksamt bekannt, daß am Anzeig 1, entgegen dem Verbot, in den Schulen Trauerfeier für die ehemalige Kaiserin zu veranstalten, eine solche im Rahmen der Lutherfeier stattgefunden hat? Welche Schritte gedenkt das Bezirksamt gegen den Urheber derselben zu unternehmen?“ Stadtrat Dr. Löwenstein antwortete, daß das Bezirksamt den Fall beurteilt habe, weil der betreffende Lehrer sich in Widerspruch zu einer Verfügung des Unterrichtsministers und auch der Reichsverwaltung gesetzt habe. Es werde untersucht werden, ob das Gesetz Groß-Berlin Handhaben enthalte, beim Magistrat Berlin Vernehmung zu beantragen.

Jugendweibe Vichtenberg: Die Eltern des 17. Verwaltungsbezirk Vichtenberg, deren Kinder zum Herbst die Schule verlassen, werden ersucht, unverzüglich die Anmeldung zur Jugendweibe vorzunehmen. Anmeldungen bei R. Baranowski, Niederbarnimstr. 3, v. III. Die Einschreibgebühr beträgt 2 M.

Drei Vorträge durch Groß-Berlin, von der Großstadt bis fast zum unberührten Dorf, veranstaltet Professor Dr. Heinrich Rißler an der Humboldt-Hochschule. Einleitungs-vortrag am Samstag, 28. Okt., 8-9/10, Georgenstr. 30/31. Karten vor dem Vortrag.

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. (Mitglied des K. V. und Sp. B.) Zur Demonstration am Sonntag treffen sich die Vereine, soweit nicht anders angedeutet, in ihren Vereinslokalen. Dort umfassen und in Sportkleidung zur nächsten Sammelstelle. Die Vereine bleiben bei der Demonstration geschlossen. Am Sonntag ist frühzeitiges Erscheinen im Stadion notwendig. Die Sportler usw. melden sich beim Sportwart Basnütz.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

10. Kreis, Bismarckstr. Heute abend 8 Uhr: Kreisdelegiertenversammlung im „Kaiserhof“, Potsdamer Str. 10. Das Erscheinen der Abteilungsverbände des Kreises ist unbedingt erforderlich.

